

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

25.5.1923 (No. 119)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Zersprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreis: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifreder Abont, der als Kassenabont gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger des Anzeigenblattes, zwanzigwöchiger Beizeitung und Anzeigenverfahren fällt der Verlag frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Bestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Poincarés Rücktritt.

Diejenigen Beobachter der französischen Politik haben Recht behalten, die schon vor Monaten erklärten, daß die Stellung des Ministerpräsidenten Poincaré innerlich durchaus nicht so stark sei, als es nach außen den Anschein habe, und daß jederzeit mit der Möglichkeit eines Rücktritts gerechnet werden müsse. Und zwar war es die Republikanische Partei, die immer wieder Anlaß zu solchen Prophezeiungen bot. Die Kenner der Situation in Frankreich haben eben gewußt, daß eigentlich das ganze französische Volk mit dem bisherigen Verlauf der Ruhraktion unzufrieden ist. Den Chauvinisten erscheint der Erfolg der ganzen Aktion als viel zu gering, um an ihr irgendwelche Freude zu haben. Und die übrige Bevölkerung lehnt das Abenteuer als solches ab, weil sie die sehr richtige Empfindung hat, daß Frankreich sich damit nur unbeliebt macht.

Eine Reihe von privaten Äußerungen aus gut unterrichteten Kreisen, die in den letzten Wochen an uns gelangte, bestätigt diese Auffassung. Die Ruhraktion ist in der französischen Bevölkerung nicht populär. Und vor allem gibt es sehr weite Kreise in Frankreich, die die Spannung zwischen ihrem eigenen Lande und England aufs tiefste bedauern und die Gefahren eines Krieges nur mit Abscheu und Entsetzen ins Auge fassen. Singu kommt die Tatsache, daß der passive Widerstand an der Ruhr den französischen Beamten, Offizieren und Soldaten das ganze Abenteuer unmittelbar verleidet hat. Die Soldaten, die dort an der Ruhr einer mittelalterlichen Gewaltpolitik zum Siege verhelfen sollen, befinden sich in einer Stimmung, die nicht nur für das besetzte Gebiet, sondern auch für die eigentlichen Auftraggeber, d. h. für die Machthaber in Paris, höchst bedenklich ist.

Würden die Dinge genau so liegen, wie wir sie hier schildern versuchen, so würde das große Geld, das in den letzten Monaten die nationalistiche und der Regierung nahestehende Presse in Paris vollführt hat, nichts anderes sein, als ein Theaterdonner, der den Zweck hat, die Schwäche der eigenen Position zu verbergen. Diese Schwäche wird aber von den französischen Politikern, die sich noch ein bißchen Vernunft erhalten haben, sehr wohl eingesehen. Aber auch auf ferner Stehende mußte es dieser Tage einen merkwürdigen Eindruck machen, daß an dem gleichen Tage Poincaré einen Reingewinn der Ruhraktion von 11 Millionen Goldfranken herausrechnete, der französische Finanzminister aber ein Defizit von etwa 200 Millionen Goldfranken feststellte.

Die Kammerdebatte über die Ruhrpolitik hat indessen bis jetzt noch nichts gebracht, was Poincaré zu einem Rücktritt hätte veranlassen können, obwohl die Kritik von Seiten der Linken bereits mit beachtenswerter Schärfe einsetzte. Es ist denn auch ein Beschluß des Senats gewesen, der die Demission des Kabinetts herbeiführte. Allerdings handelt es sich formell dabei nicht um die Ruhrpolitik Poincarés als solche, sondern um die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Cachin. Aber sicherlich würde der Senat seinen Beschluß nicht gefaßt und Poincaré kein Misstrauensvotum erteilt haben, wenn nicht noch andere Gründe mitgesprochen hätten. Es ist ganz undenkbar, daß ein französischer Senat, der mit der Politik des Ministerpräsidenten im Großen und Ganzen einverstanden ist, in einer nebenherlaufenden Angelegenheit einen Schritt tut, von dem er weiß, daß er die Stellung des Ministerpräsidenten gefährden wird. Es wird ziemlich allgemein angenommen, daß die Mehrheit des Senats die ganze abenteuerliche Politik Poincarés mit Unmut betrachtet und in ihr eine Gefahr für die politische Stellung Frankreichs in der Welt erblickt.

Der Präsident der Republik, Herr Millerand, hat am allerdings die Demission des Kabinetts nicht angenommen. Er wird darauf hinweisen können, daß ja die Kammer, die das letzte Wort in einer so wichtigen Frage zu sprechen hat, zu der Politik Poincarés noch gar nicht Stellung genommen habe. Daß Millerand in Frankreich die schärfste Tonart vertritt und zusammen mit dem Kriegsminister Maginot die eigentliche Seele der Ruhraktion ist, weiß man zur Genüge. Er hat bisher in Poincaré, der vielleicht manchmal für sich die Dinge ganz anders gesehen hat, ein willkommenes Werkzeug gefunden und wird naturgemäß versuchen, sich dieses Werkzeug zu erhalten. Der Rücktritt Poincarés braucht also heute

nicht als endgültig betrachtet zu werden, zumal die Frage der Nachfolgerschaft außerordentlich schwierig sein dürfte.

Aber wir ersehen aus dem ganzen Vorgang, wie krisenhaft und unsicher die Situation in allen Ländern der Welt zurzeit ist. Daß auch Frankreich hier keine Ausnahme macht, das ist immerhin ein Symptom von größter Bedeutung. Es hat viele gegeben, die des Glaubens lebten, in Frankreich bestehe eine vollkommene Einmütigkeit des Volkes, eine Einmütigkeit, die schwerere Krisen ganz von selbst ausschließen müßte.

Wir haben allerdings wenig Veranlassung, über das Vorhandensein einer französischen Krise zu frohlocken, weil auch bei uns der passive Widerstand infolge der fürchtbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage bei

einer Krise angelangt ist. Das zeigen deutlich vor aller Welt die kommunistischen Unruhen in Ruhrgebiet.

Was England betrifft, so scheint hier der aus Gesundheitsrückfällen erfolgte Rücktritt Bonar Law's zu einer Art Konsolidierung führen zu wollen. Der neue Premierminister, der bisherige Schatzkanzler Baldwin, ist sehr rasch ernannt worden. Und wenn es ihm gelingt, sein Kabinett durch die Vereinnahmung einzelner konservativer Politiker, die früher bereits dem Kabinett von Lloyd George angehörten, auszubauen, so wird damit die ganze Stellung des Kabinetts gefestigt werden. Und so, wie die Dinge nun einmal liegen, haben wir vom deutschen Standpunkt aus an einem gefestigten britischen Kabinett wahrlich ein größeres Interesse, als an einem Kabinett, das jeden Tag einer Krise zum Opfer fallen kann.

Poincaré zurückgetreten.

Demission des Gesamtministeriums.

Paris, 24. Mai, 9.15 N. Das Ministerium Poincaré ist heute zurückgetreten. Der um 8 Uhr zusammengetretene außerordentliche Kabinettsrat hat nach einstündiger Beratung beschlossen, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtministeriums zu unterbreiten.

Das Kabinett, das gestern, abend 8 Uhr unter dem Vorsitz Poincaré zusammengetreten ist, um über den Beschluß des Senats in der Angelegenheit Cachin und Genossen zu beraten, beschloß, die Demission einzureichen, da es in dem Senatbeschlusse ein Misstrauensvotum erblickt, durch das das Kabinett außerstande gesetzt wird, der kommunistischen Wahlenentscheidung zu entsprechen. Die Minister haben sich sofort zum Entschließen. Der Präsident der Republik hat die Demission abgelehnt.

Der als Staatsgerichtshof konstituierte Senat hat es mit 30 Stimmen Mehrheit abgelehnt, sich mit der von der Regierung seiner Gerichtsbarkeit überwiesenen Anklage gegen Cachin und Genossen zu befassen, indem er sich für unzuständig erklärte. Die Regierung ist darauf um 8 Uhr zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammengetreten, um über die durch das Votum geschaffene Lage und ihre Rückwirkungen auf die Position der Regierung zu beraten.

In den politischen Kreisen herrscht starke Erregung. Da das im übrigen nicht erwartete Abstimmungsverhalten unverkennbar den Charakter einer gegen die Regierung gerichteten Kundgebung hat, rechnet man mit der Möglichkeit, daß Herr Poincaré für sich und das Kabinett daraus die Konsequenzen ziehen wird.

Hierzu schreibt die „Welt“ folgendes:

„Herr Poincaré hat es fertig gebracht, die französische Republik in die verwirrtste innerpolitische Lage zu stürzen, die sie seit ihrem Bestehen gekannt hat. Es ist der erste Ministerpräsident, dem der Senat in einer wichtigen politischen Angelegenheit ein Nein entgegensetzt. Dieser galt es als ein Privileg der Deputiertenkammer über das Schicksal der Regierung zu entscheiden. Nur einmal hat ein Ministerium sich vor dem Widerstand im Oberhaus zurückgezogen. Es war das Kabinett Léon Bourgeois, das indessen so klug war, die Zustimmung zu erlangen und es nicht auf eine Abstimmung ankommen zu lassen. Wenn der Senat es ablehnte, sich als Staatsgerichtshof für den Kommunistenprozeß zu konstituieren, so hat er zweifellos an die Wahrung seiner eigenen Würde gedacht. Das „Komplott“, das man den französischen Kommunisten Cachin und Genossen vorwarf, war eine lächerliche Aufblasung, die nur eine nutzlos gewordene Regierung für einen dem Staatsgerichtshof zu unterbreitenden Hochverrat halten konnte. Wahrscheinlich hätte der Senat es auch als unrichtig empfunden, den mitangeklagten deutschen Kommunisten Höllein vor sich erscheinen zu lassen. Denn einen Hochverrat im weitesten Sinne des Wortes konnten nur französische Staatsangehörige begehen. Wie dem auch sei, dem Votum des Senats liegen auch andere Motive zugrunde, die innere Unzufriedenheit mit der Politik des Herrn Poincaré, der das Land in eine unübersehbare äußere Verwirrung gestürzt hat. Die Rede, die Poincaré gestern noch in der Kammer gehalten hat, war nur ein neuer vergeblicher Versuch, die Ruhraktion als einen Erfolg hinzustellen. Denn wie ist die Lage in Wirklichkeit? Im Januar 1921 während der Konferenz von Cannes hat Poincaré durch Kullfensintrigen Briand zum Rücktritt gezwungen, weil Briand geneigt schien, das Reparationsproblem mit den Alliierten in einem geschäftsähnlichen Sinne zu behandeln. In fünfzehn Monaten außerordentlicher Not und fortwährender Gewaltaktionen hat Poincaré das Problem aber genau auf denselben Punkt zurückgebracht und dabei die deutsche Leistungsfähigkeit noch tiefer untergraben. Herr Poincaré sucht, wie seine Verbeugungen gegenüber dem neuen englischen Premier Baldwin beweisen, eben doch wieder die Einheitsfront der Alliierten herzustellen, wenn er sich auch nicht den Anschein

geben möchte. Durch das Ruhrabenteuer hat er eine Verwirrung angerichtet, die alle Denkenden in Frankreich sehr wohl als einen ungeheuren Schaden erkennen. Es ist auch nicht zu übersehen, daß er in der Deputiertenkammer niemals ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine Ruhrpolitik erhalten hat, sondern immer nur eine Art Gnadenfrist, um die angefangene Aktion zu Ende zu führen. Wie die Kammer, die jetzt die über schon auf Hunderte von Millionen sich belaufenden Kredite für die Ruhrbesetzung erteilt, ihre Beratungen abgeschlossen haben würde, ist nicht genau vorzusagen. Das Geld hätte sie wohl bewilligt, aber die Mißstimmung hätte sich doch in einer so starken Form geäußert, daß Herr Poincaré vielleicht nichts übrig geblieben wäre, als selbst ein Misstrauensvotum für ihn als ungenügend anzusehen.

Wie es scheint, hat Herr Millerand die Demission des Kabinetts Poincaré nicht angenommen. Er hält offenbar an der Fiktion fest, daß der Senat keine Regierung stürzen kann, oder daß die Regierung ein ablehnendes Votum des Senats nicht als Demissionsgrund ansehen kann. Vielleicht löst die Haltung des Senats in der Deputiertenkammer eine gewisse Empfindlichkeit aus. Aber es ist klar, daß ein schwerer Verfassungskonflikt entstehen würde, wenn Poincaré sich nun in der Streitfrage des Kommunistenprozesses von der Kammer ein ausdrückliches Vertrauensvotum erteilen ließe. Da die Kammer die Immunität für den Abgeordneten Cachin aufgehoben hat, so trägt sie eine gewisse Verantwortung. Allerdings ist für die Einberufung des Staatsgerichtshofes die Regierung allein zuständig. Die Politik des Herrn Millerand ist unbedenklich. Was will er mit seiner Ablehnung von Poincarés Rücktritt? Für Frankreich und die Welt sollten die Vorgänge eine Lehre sein, wie weit es kommen kann, wenn man zwei so autoritären Männern wie Millerand und Poincaré zu lange die rücksichtslose Durchsetzung einer Gewaltpolitik erlaubt. Die französische Demokratie hatte Mittel gehabt, dieser Verwirrung vorzubeugen. Daß ein Regierungswechsel in Frankreich Deutschland höchstens vor neue Methoden, aber nicht vor wesentlich verschiedene politische Ziele stellt, ist selbstverständlich.“

Das Kabinett Baldwin.

Die mit geschäftlichen Verpflichtungen begründete Weigerung Horne's, schon jetzt in das Kabinett einzutreten, wird dahin aufgefaßt, daß Horne im Herbst, wo ohnehin Veränderungen im Ministerium zu erwarten seien, beizutreten geneigt sei. Baldwin wird nun zunächst versuchen, den heute in London eingetroffenen Chamberlain für die Treasurership zu gewinnen; lehnt Chamberlain ab, so kommt der Premierminister in die unangenehme Lage, das Schatzamt mit einer Persönlichkeit zweiten Ranges besetzen zu müssen, wofür Amery von der Admiralkommando in Betracht käme. Lord Robert Cecil hat laut „Morning Post“ endgültig die Signatur des Kanzlers für das Herzogtum Lancaster angenommen und soll zu diesem Kabinettsitz den Posten des offiziellen Vertreters Englands im Völkerbund erhalten. Baldwin selber gilt als warmer Anhänger der Bundesidee.

Den Sinn der mit der Bildung des neuen Kabinetts getroffenen Entscheidung faßt die „Westminster Gazette“ folgendermaßen zusammen: Die Vereinigung der Konservativen ist erwünscht, weniger deshalb, weil dadurch Fähigkeit und Erfahrung auf der Ministerbank erzielt würden, als unter dem Gesichtspunkt, daß sie einen Ausblick auf eine großzügigere und bulbsamere auswärtige Politik eröffnen.

Die Londoner politische Presse und die maßgeblichen Parteiführer sind mit ihrem Urteil über die politische Signatur des neuen Kabinetts nach wie vor sehr zurückhaltend, weil man allgemein als Ergebnis der Einberufung Lord Ceil's und der Führer der Chamberlain-Gruppe in das Kabinett die Formulierung einiger Abschnitte der Programmklärung unter dem maßgeblichen Einfluß dieser neuen Persönlichkeiten erwartet. Die Einigung der konservativen Partei, die durch die geistreiche Rede Lloyd George's gegen das Kabinett Bonar Law außerordentlich gefördert worden ist, zwingt die neue Regierung zu einer scharfen Herausarbeitung der außenpolitischen Ziele des

neuen Kabinetts und der konservativen Partei. Die Aufnahme von Lord Robert Cecil in die Regierung und die Tatsache, daß in jeder Zeitung spaltenlange Privattelegramme und Reuter-Meldungen aus den Vereinigten Staaten veröffentlicht werden, in denen die begeisterte Zustimmung der öffentlichen Meinung Amerikas zur Ernennung des in Washington in günstiger Erinnerung stehenden Ministerpräsidenten Baldwin geschildert wird, lassen darauf schließen, daß eine englisch-amerikanische Verständigung in der Europapolitik und in der Orientfrage in einer präzisieren als der bisher üblichen Form öffentlich zum Ausdruck gebracht werden dürfte. Als eine weitere Wirkung der gestrigen Rede Lloyd Georges kann es bezeichnet werden, daß dessen bisheriger Freund und Anhänger Viscount Churchill zugleich im Laufe des Tages mit den führenden konservativen Politikern wegen seiner Rückkehr in die konservative Partei Führung genommen hat.

Kommunisten als Bundesgenossen der Franzosen.

Die „Freie Ptg.“ schreibt in einem Priv.-Tel. aus Gelsenkirchen unter dem 24. Mai folgendes:

„Die Lage im Gelsenkirchener Bezirk hat eine erhebliche Verschärfung erfahren. Die Unruhen haben heute vormittag auf den Stadtteil Schalke übergegriffen; auch hier haben bewaffnete kommunistische Truppen die Gewalt an sich gerissen und auch hier ist der Mob zur Plünderung von Lebensmitteln und andern Geschäften übergegangen. In Gelsenkirchen haben sämtliche Geschäfte und auch die meisten Boutiken geschlossen. Der Selbstschutz und die Feuerwehre sind nach den heftigen Kämpfen mit den bewaffneten Kommunisten vollständig zerstört. Das von den Kommunisten gestern abend in Brand gesteckte Gebäude des Polizeipräsidiums ist heute von ihnen für kurze Zeit wieder besetzt worden, nachdem das Dachgeschoss ausgebrannt war. Das Feuer ist offenbar zu dem Zwecke angelegt worden, die Akten des Polizeipräsidiums zu besorgen, die denn auch sämtlich durch das Feuer vernichtet worden sind. Über die Zahl der bei den gestrigen Kämpfen Verletzten und Verwundeten konnten immer noch keine genauen Feststellungen getroffen werden; bis jetzt sind zehn Tote und etwa siebzig Verwundete gezählt worden. Die Stadt Gelsenkirchen steht vollständig unter der Herrschaft der kommunistischen Auführer und die französische Besatzungsbehörde sieht ihrem Treiben ruhig zu. Gestern nachmittag und gestern abend sind die kommunistischen Auführer an einigen Stellen von den französischen Truppen offen zum Vorgehen gegen die Ordnungsmannschaften ermuntert worden! Seit heute vormittag veranlassen die Kommunisten in der Stadt fortgesetzt Unruhe durch die Straßen, die infolge der Schließung aller Geschäfte und Lokale sonst fast ohne Verkehr sind.“

Auch das Stadthaus ist heute vormittag von der Stadtverwaltung geräumt worden, weil man damit rechnete, daß die Kommunisten nunmehr ihre Angriffe auch gegen dieses Verwaltungsgebäude richten würden. Bis heute Mittag ist es in Gelsenkirchen nicht zu neuen Zusammenstößen gekommen, doch bleibt die Lage der vollständig geschloßenen Stadt, in der die Auführer und das hinzugekommene Gefolge unbehelligt von der französischen Besatzung ihr Unwesen treiben können, äußerlich kritisch. Der Sicherheitsdienst ist von den Kommunisten übernommen worden. Zwischen der Stadt und den Parteien finden gegenwärtig Verhandlungen über die Einrichtung eines neuen Ordnungsdienstes statt, worauf dann die kommunistischen Hundertschaften sich von Ordnungsdienst zurückziehen würden; die Verhandlungen gestalten sich insofern recht schwierig, als die Kommunisten auf die Bildung eines reinen Arbeiterordnungsdienstes dringen, dem keine Bürgerlichen angehören dürfen.“

Der Oberbürgermeister hat beim französischen Befehlshaber dagegen protestiert, daß französische Soldaten sich an dem Kampfe gegen den Ordnungsdienst beteiligt haben. Zwei Leute seien durch Bajonettstiche französischer Soldaten schwer verletzt, andere Mitglieder des Selbstschutzes durch Kolbenstöße mißhandelt worden. Eine große Anzahl von Augenzeugen bezeugt die Unterstützung der Kommunisten durch französische Soldaten. Französische Offiziere hätten die Kommunisten zu ihrem Vorgehen gegen das Polizeipräsidium und zum Verbrennen der dort befindlichen Akten ermuntert.

Nachdem die Kommunisten in der Innenstadt von Gelsenkirchen unbehinderte Herren der Lage geworden sind, sind sie auch nach dem Stadtteil Hülsen gezogen, um auch dort die Feuerwehre zu vertreiben und eine Anzahl von Gebäuden zu besetzen.“

Hamburger Sozialistenkongress und Weltpolitik.

Der internationale Sozialistenkongress in Hamburg beschäftigte sich in seiner Plenarsitzung vom Donnerstag nachmittag mit den wichtigsten Punkten seiner Tagesordnung, mit Fragen der Friedensverträge, der Reparationen und der imperialistischen Politik der Siegermächte.

Als erster Redner sprach der bekannte englische Sozialist Sidney Webb. Er ging davon aus, daß seit dem Waffenstillstand 4 1/2 Jahre vergangen sind und Europa noch immer nicht zur Ruhe gekommen ist. Die allgemeine Desorganisation und Demoralisation wurde auch nach dem Kriege vertieft durch die Politik der Regierung der Großmächte. Die erste und stärkste Ursache der Verantwortung für die gegenwärtig herrschenden Zustände (Weisfall) aber auch die neu gebildeten kleineren Staaten sind für die jetzigen Zustände mit verantwortlich. (Zustimmung.) Die hauptsächlichsten Ursachen der politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung Europas sind die sogenannten Friedensverträge, die gar keine Friedensverträge sind (Stürmische Zustimmung.) In England, wo man immer mehr die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft begriffen, erkennt man auch in zunehmendem Maße, daß die Urheber der Friedensverträge alle ökonomischen Tatsachen bei ihrem Werke vollständig außer Acht gelassen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht nur das, sie haben auch die Grundfälle der Moral und der Gerechtigkeit verletzt. (Lebhafte Weisfall.)

Die Friedensverträge sind in Wahrheit Instrumente für die Kriegsverlängerung geworden. Ruinen und Unglück sehen wir auch in den Ländern, in denen die Verfasser der Friedensverträge saßen. Über die Schuld am Kriege braucht man heute nicht mehr zu diskutieren, denn es ist allgemeine Weltmeinung, daß alle Staaten und alle Regierungen an der Verantwortung für den Kriegsausbruch mitzutragen haben. (Stürmischer Weisfall.) Der Kongress muß vielmehr den Plänen für den Wiederaufbau seine Aufmerksamkeit schenken. Bis vor kurzer Zeit hat man in den Siegerstaaten von der Kriegsschuldigung gesprochen, die von den Besiegten an die Sieger zu leisten wäre. Heute spricht man nicht mehr davon, was die besiegten Staaten leisten sollen, sondern, was sie leisten können (Sehr wahr.) Die Kriegsschuldigung als solche ist in den Hintergrund getreten und das Problem ist die Wiedergutmachung der durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen. Die deutschen Sozialisten haben immer wieder betont, daß die moralische Pflicht dieser Wiedergutmachung nie und nimmer einen Vorwand oder ein Motiv abgeben darf für die Unter-

drückung oder Verschärfung Deutschlands und Österreichs. (Stürmischer Weisfall, insbesondere bei den Franzosen und Belgiern.) Die Frage ist eine rein finanzielle und muß nur unter wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkten gelöst werden. Immer mehr wächst die Erkenntnis, daß die Anwendung von Gewalt keinen Nutzen stiftet.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

In diesen Tagen geht dem Reichstag die Regierungsvorlage über die Beamtengehälter zu, über die eine Verständigung mit den Großorganisationen nicht erzielt werden konnte. Wie eine „Reinigungsforenspondenz“ mitteilt, soll die Vorlage außer den neuen Beamtengehältern einige wichtige Änderungen in Einzelbestimmungen bringen. So soll z. B. eine Kürzung der Kinderzulage nicht mehr stattfinden, auch wenn die Kinder bis zum Alter von 16 Jahren ein eigenes Einkommen haben. Nach dem 16. Lebensjahre soll eine Kürzung stattfinden. Wenn das Einkommen des Kindes über 16 Jahre den doppelten Kinderzuschlag übersteigt, kommt der Kinderzuschlag in Wegfall; ist das Einkommen geringer, so würde der vom Staat gewährte Zuschlag um die Hälfte gekürzt werden. Diese Regelung ist für alle die Beamten und Staatsarbeiter von Wichtigkeit, deren Söhne oder Töchter als Lehrlinge ein Gehalt beziehen oder die, wenn sie studieren, Nebeneinkünfte beziehen. Weiter dürfte die Frauenzulage in eine Haushaltungszulage umgewandelt werden und auch verwitweten und schuldlos geschiedenen Beamten mit eigenem Haushalt zuzuführen. Die jeweiligen Teuerungszuschläge sollen auch zu den Waisengeldern hinzukommen. Für die Pensionäre will die Vorlage — nach der gleichen Quelle — statt der bisherigen Berechnung nach Sechsteln die Prozentrechnung einführen. Der Pensionär soll mit 35 Prozent seines früheren Gehaltes beginnen, während er bisher 33 Prozent erhielt; dann soll die Pension nach zehn Jahren bis zum 20. Dienstjahre um je zwei Prozent ansteigen, die Höchstgrenze der Pension soll in Zukunft 80 Prozent gegen 76 Prozent bisher betragen.

Die bayerischen Volksgerichte keine rechtsgültigen Gerichte.

Ein Beschluß des Amtsgerichts Hamburg vom 3. Mai 1923 hat die Rechtsgültigkeit der bayerischen Volksgerichte festgestellt. Über den Sachverhalt, der dieser Entscheidung zugrunde liegt, macht das „Berliner Tageblatt“ jetzt folgende Mitteilung:

Vor dem Volksgericht München I war gegen eine Beschuldigte Anklage wegen schweben Diebstahls erhoben worden. Die Beschuldigte, die in Hamburg wohnt, hatte gebeten, von der Verurteilung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden zu werden. Das Volksgericht hatte dem Antrag stattgegeben und das Amtsgericht Hamburg um Vernehmung der Beschuldigten über die Anklage ersucht. Dieses Rechtshilfegeruch hat das Amtsgericht Hamburg abgelehnt, „da für das ersuchte Gericht keine Verpflichtung besteht, dem Volksgericht München I Rechtshilfe zu leisten — und insofern besteht auch keine Befugnis, dies zu tun, da diese Befugnis außerhalb der Grenzen jener Verpflichtung nicht besteht“. Der mit wissenschaftlicher Gründlichkeit sehr eingehend motivierte Beschluß weist dann nach, daß die bayerischen Volksgerichte keine Gerichte im Sinne des Gesetzes, sondern rechtsrechtlich verbotene Ausnahmegerichte sind. Zunächst wird dargelegt, daß die Volksgerichte keine ordentlichen Gerichte im Sinne des deutschen Strafverfahrens sind, da in dem Verfahren vor den Volksgerichten die wichtigsten Rechtsgarantien des ordentlichen Verfahrens teils aufgehoben, teils eingeschränkt sind. „Die bayerischen Volksgerichte sind vielmehr der urbildliche Fall der Ausnahmegerichte. Weiter weist die Entscheidung nach, daß die von Kurt Eisner durch Verordnung vom 19. November 1918 eingeführten bayerischen Volksgerichte bereits damals nach dem Reichsrecht unzulässig waren, was auch von dem damaligen tatsächlichen Träger der Reichsgewalt, dem Rat der Volksbeauftragten, in einer „Kundgebung betreffend die Gewährung der Zustimmung des Reiches auf dem Gebiete der Gesetzgebung“ festgelegt worden ist.“

Weiter wird die Frage geprüft, ob etwa diese anfängl. Ungültigkeit der bayerischen Verordnungen und des bayerischen Landgesetzes später durch die neue Reichsverfassung aufgehoben worden ist. Für jede einzelne der in Betracht kommenden Bestimmungen wird der Nachweis erbracht, daß den bayerischen Volksgerichten der Rechtsboden fehlt. Dem Artikel 48 der Reichsverfassung zufolge kann die Landesregierung Ausnahmeverordnungen „Bei Gefahr im Verzuge“ als „einstweilige Maßnahmen“ erlassen. Welche Voraussetzungen sind nicht gegeben. „Gefahr im Verzuge“ liegt nach der ohne Widerspruch aufgenommenen Ausführung des Reichsverfassers Dr. Dallbrück in der Nationalversammlung dann vor, wenn die Verbindung mit der Reichsregierung nicht herzustellen ist. Im übrigen sind die Volksgerichte keine einstweiligen Maßnahmen, sondern deren Gegenteil, da ein Zustand, der ursprünglich nur Verordnungen zur Grundlage hatte, durch ein Gesetz bestätigt worden ist. So kommt das Hamburger Amtsgericht zu dem Ergebnis:

„Es bleibt mithin auch unter der neuen Verfassung dabei, daß die bayerischen Volksgerichte keine rechtsgültigen Gerichte“ im Sinne des deutschen Reichsrechts sind, daß also das Rechtshilfegesetz vom 21. Juni 1869 (mit seiner Ausdehnung auf Bayern vom 22. April 1871) eine Rechtshilfepflichtung gegenüber den bayerischen Volksgerichten nicht begründen kann.“

Wirtschaftspolitisches aus Dänemark.

* Aus Kopenhagen, 17. Mai, wird uns geschrieben: Der Finanzminister Neergaard ist vom Reichstage ermächtigt worden, drei inländische Staatsanleihen von je 10 Millionen Kronen aufzunehmen, die auf drei Finanzjahre, beginnend mit 1922/23, zu verteilen sind. Für das gegenwärtige Finanzjahr hat der Staat mit einigen Sparläsen und Versicherungsgesellschaften Abkommen getroffen. Die Sparläsen übernehmen im ganzen 7 1/2 Millionen Kronen, wobei bemerkt sei, daß dies das erste Mal ist, daß dänische Sparläsen dem Staate direkte Anleihen gewähren. Der Kurs der Anleihen ist 92, der Zinssfuß 4 1/2 Prozent.

Der berühmte schwedische Nationalökonom, Professor Gustav Cassel, ist kürzlich in der hiesigen „Nationaltidning“ in einem längeren Artikel nachdrücklich für die Aufhebung der skandinavischen Münzunion eingetreten, die praktisch keine Bedeutung mehr habe und nur das Zusammenarbeiten der skandinavischen Staaten erschwere.

Die Großhandelspreise haben im April eine weitere Steigerung erfahren, insbesondere bei den Lebensmitteln wie Brotgetreide, Zucker, Fleisch und Margarine. Auch die Großhandelspreise für Rohstoffe und Futtermittel sind gestiegen. Im Durchschnitt sind die Großhandelspreise in Dänemark im Mai 1923 um 15 Prozent höher als zur selben Zeit des Vorjahres und mehr als doppelt so hoch als in der Vorkriegszeit.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist in ständigem Rückgang begriffen und ist gegenwärtig kaum mehr als halb

so groß wie vor einem Jahre, denn sie betrug im Mai 1922 rund 60 000, jetzt aber nur noch 32 000.

Die dänische Regierung hat auf Entschließen der japanischen Regierung drei bekannte dänische Farmer ausgeliebt, die bereit sind, nach Japan auszuwandern und dort Farmen nach dänischem Muster einzurichten. Die Farmer werden im Monat Juni mit ihren Familien die Ausreise nach Japan antreten. Schließlich sei noch — dies ist allerdings keine wirtschaftliche, sondern militärisch-politische Mitteilung — erwähnt, daß vom 26. Juni bis 6. Juli im Hafen von Kopenhagen vier große amerikanische Schiffschiffe als Flottenbesuch eintreffen werden.

Die führenden Persönlichkeiten in Guatemala.

* Aus Guatemala wird uns geschrieben: In Mittelamerika sind die Persönlichkeiten noch mehr als anderwärts der wichtigste Faktor der Politik, einmal, weil hier meistens die persönlichen Interessen dem allgemeinen Staatsinteresse vorangestellt werden und zweitens, weil die Politik die Sache der dünnen Oberschicht ist, da der größte Teil des Volks jeder Bildung ermangelt; zählt doch Guatemala nahezu 90 Prozent Analphabeten.

Eine kurze Skizzen der bedeutendsten unter den gegenwärtig leitenden Persönlichkeiten Guatemalas dürfte deshalb auch in Deutschland von Interesse sein, zumal Guatemala der stärkste Staat Mittelamerikas ist und die deutschen Handelsinteressen in diesem Lande sehr ausgedehnt sind. Die neuen Männer in Guatemala, die Ende des Jahres 1921 aus Mider gekommen sind, mithin jetzt etwas länger als ein Jahr amtierend, hatten von Anfang an die öffentliche Meinung in den anderen Staaten Zentralamerikas nicht auf ihrer Seite und stießen auch im eigenen Lande auf starke Gegnerschaft. Schon der Umstand, daß unter ihnen das militärische Element einen breiten Platz einnimmt, schadet ihnen, weil hierzulande das Militär nicht annähernd die Achtung genießt, wie in Europa. Dazu kommt, daß die ersten Familien des Landes fast durchweg auf der Seite der von der gegenwärtigen Regierung gestützten konservativen Partei stehen. Endlich haben die politischen Emigranten in den Nachbarstaaten die gegenwärtigen Machthaber Guatemalas nach Herzenslust verleumdet. So behauptete noch vor wenigen Wochen ein Blatt in Costa Rica, daß der hiesige Staatspräsident Orellana die Leichen seiner politischen Gegner im Regierungspalast aufhänge, weil er am Verwesungsgeruch einen besonderen Gefallen fände.

Das ist nicht nur gelogen, sondern auch frech und dumm gelogen, denn gerade der Präsident, General José Maria Orellana, ist zweifellos ein anständiger Charakter und kann eher als zu weich wie als grausam bezeichnet werden. Er hat keinerlei diktatorische Gelüste, sondern neigt liberalen Regierungsmethoden zu. Von einer Unterdrückung des Volkes wie zu den Zeiten des Tyrannen Estrada Cabrera kann nicht die Rede sein. Wer nicht gerade sich an Verschwörungen beteiligt, wird nicht bestraft. Kollisions können die fremden Kolonien, darunter an erster Stelle die Deutschen, ihren Geschäften ungehindert nachgehen.

Der Präsident hat nur eine Schattenseite, nämlich daß er nur nominell nicht faktisch der erste Mann im Staate ist. Denn als einflussreichste Persönlichkeit muß der Kriegsminister, General Ubico, angesehen werden, dem sich der Präsident oft genug fügen muß. General Ubico ist der Führer der Generalspartei und verfügt über die Armee und damit über die eigentliche Macht. In moralischer Hinsicht ist er durchaus einwandfrei, aber seinen Gegnern gegenüber rücksichtslos. Daß bei der Unterdrückung der letzten revolutionären Unruhen (im vorigen Sommer) ziemlich viel Erschießungen stattgefunden haben, ist wohl auf sein Konto zu schreiben. Man muß aber anerkennen, daß General Ubico bei aller Strenge gerecht ist und daß bei der Verfolgung der Unruhstifter Unschuldigen nichts geschehen ist.

Der Gegenpol Ubicos ist der Außenminister Reinos. Er ist ein Mann von großem Verstand und lebhaftem Temperament und hat trotz seiner Jugend — er ist erst 38 Jahre alt — großen Einfluß in seiner Partei. Ubico und er können sich herzlich wenig leiden, vor allen Dingen deshalb, weil sie beide den Ehrgeiz haben, Nachfolger von Orellana zu werden. Die Beziehungen zwischen den beiden Männern sind dem Präsidenten sehr fatal, denn auf weissen Seite er sich stellt, ist er immer überl daran. Läßt er Reinos fallen, so hat er die Gegnerschaft der herrschenden liberal-föderalistischen Partei gegen sich, im anderen Falle bekommt er die Generalspartei zu Widersachern.

So sind also innerhalb der Regierung starke Gegensätze vorhanden, die wohl zu Konflikten führen könnten. Es wäre jammerschade, wenn das schöne und von der Natur so bevorzugte Land auf diese neue durch innerpolitische Wirren in seiner Entwicklung gehemmt würde.

Kurze Nachrichten.

* Reichstagsabgeordneter Höllein, der vor 12 Tagen in Paris in den Hungerstreik getreten ist, wurde in völlig geschwächtem Zustand in das Spital Cochin überführt.

Badische Übersicht.

Ein Heimat-Tag in Bräunlingen

Bei Donaueschingen fand am 2. Pfingstfeiertag statt. Die Leitung hatte der Führer des Trachtenvereins der Baar, Max Serrnatinger aus Hausen vor Wald übernommen. Aus Karlsruhe war der Gesangverein Liedertranz erschienen, der den Besuch des Düsinger Liedertranzes am alemannisch-pfälzischen Tag in Karlsruhe erwiderte. Der Festzug, in welchem Trachten-trägerinnen und Träger aus der Baar, vom Hegau, vom Heuberg usw. neben württembergischen Trachten vertreten waren, umfaßte 40 Gruppen und Vereine. Beim Festakt hielt

Staatspräsident Remmele

eine Ansprache, in welcher er u. a. ausführte: „Deutsche Volksgenossen von Bayern und Württemberg, badische Landsleute! Das Vaterland ist in schwerer Not. Am Rhein, an der Ruhr, in unsern badischen Lande kämpft das Volk einen schweren Kampf gegen fremde Verdrückung, Not und Entbehrungen aller Art muß das deutsche Volk in diesen Landesteilen als Opfer dafür bringen, damit Deutschland seine nachte Christen behaupten kann. Frankreich, oder richtiger gesagt, die herrschende Gesellschaft in Frankreich will kein einiges Deutschland, will die deutsche Wirtschaft zerschlagen, Deutschland politisch zur Ohnmacht zwingen.“ Und hier auf der Baar feiern Sie ein Trachtenfest, befinden Sie sich festlich beisammen. Wie reimt sich das, so könnte man fragen, wenn man nicht wüßte, daß dieses Ihr Trachtenfest in seinen inneren Zielen der Förderung der Volkseinheit dienen soll.

Wenn ich Sie hier begrüße, wenn ich Ihnen, Herr Bürgermeister und Herr Pfarrer Gernatinger, vielmals danke für die Einladung und für den Willkomm, dann in dem Sinne, daß ich in dieser Ihrer Veranstaltung ein Mittel zum Zweck erblicke. Sie wollen die Liebe zur Heimat fördern, den Gemeininn wecken und die Einheit des Volkes in den Fragen allgemeiner politischer Moral fördern. Das sind große Ziele! Noch zu keiner Zeit war es nötiger denn jetzt persönliche Sonderinteressen und Standesinteressen hinter jene der Allgemeinheit zu stellen. Wirtschaftliche Gegensätze werden bestehen bleiben. Die Entwicklung läßt anderes nicht möglich sein. Politische Parteien werden immer getrennt ihres Weges gehen. Mögen wir aber einer religiösen Auffassung sein wie immer und parteipolitisch nach den verschiedensten Richtungen hin orientiert sein, so muß über diese Dinge hinweg in uns allen der Wille lebhaft sein, daß wir uns gemeinsam die Hand reichen zur Rettung des Vaterlandes. Vergessen Sie also nicht bei diesem Ihrem Trachtenfest die Not unserer Zeit und den tieferen Sinn des Versuches alte Sitten dem Lande zu erhalten. Bewahren Sie die nationale Würde, dann wird dieses Fest in uns allen einen lebhaften Nachklang finden. Stimmen Sie deshalb auch mit mir ein in den Ruf: Unser deutsches Vaterland, die engere Heimat, das Badener Land, leben hoch, hoch, hoch!

In den Hochruf stimmten die Anwesenden begeistert ein. Das Deutschlandlied bildete den Abschluß.
Eine weitere Ansprache wurde von Pfarrer Gernatinger gehalten, in der er u. a. sagte: „Zurück vom Ausland zum Heimatland, das uns das Beste und Beste gegeben hat und gibt, was wir an reichem Gut und Wert besitzen. Die Wurzeln verankern in heimatlichem Boden, aus dem wir erwachsen sind, aus dem wir geistig und leiblich großgezogen und genährt sind. Lernen wir kennen und schätzen unsere heimliche Geschichte, den heimlichen Kulturgang. Das sind die lebendigen Quellen unserer Kraft. „Uns Vaterland, aus Heimatland, anstehre schlich dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen, hier sind die Wurzeln deiner Kraft.“

Hierauf erfolgte durch die Frau Staatspräsidentin die Auszeichnung treuer Trachtenträger für 10-, 25- und 50-jähriges Tragen der Tracht. Im Schulsaal in Bräunlingen war auch eine kleine Ausstellung alter Volkstanz aus Bräunlingen Geschichte in Anwesenheit des Staatspräsidenten eröffnet worden. Auf eine Begrüßung verwies dieser auf eine Zeitspanne in der Bräunlinger Geschichte hin, die uns Haar der heutigen ähnelt. Weil die Bräunlinger am allhergebrachten Recht festhielten, zogen sie es lieber vor, nach Willingen auszuwandern, als sich für die Zwangsmaßnahmen zu beugen. Erst als die Freiheit nach 15 Jahren wiederhergestellt war, wanderten sie nach Bräunlingen zurück. Dies erinnert an die heutige Ausweisung der Tausende von Beamten durch die Franzosen in den besetzten Gebieten. Städte mit der Geschichte, wie sie Bräunlingen besitze, seien gute Kernpunkte des Landes.

Auf dem Festplatz wurden inwischen schwäbische Volkstänze aufgeführt und die Tröschinger Trachtenabteilung ließ ihre schönsten Weisen erklingen. Das Fest verlief ohne jede Störung und hatte viele Zuschauer von auswärts angezogen.

Unmenschliche Justiz.

Die erschütternden Urteile der französischen Kriegsgerichte — wurden doch lehrreich an zwei Tagen (7. und 8. Mai) in Werden und Mainz zusammen 24 Jahre, 13 Monate Gefängnis und 851 Millionen Mark Geldstrafen ausgesprochen und sind bisher in dem badischen besetzten Gebiet allein Beamte zu insgesamt nahezu fünf Jahre Gefängnis und über 80 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden — erregen in der ganzen Kulturwelt berechtigtes Aufsehen. Nicht darauf kommt es an, daß die Verurteilten Deutsche sind, nicht, daß die Richter Franzosen, sondern daß Kläger, Richter und Partei ein und dieselben Personen sind, beauftragt und bereit, die verfehlte Politik ihrer Regierung durch Urteilsprüche zu decken. Frankreich macht die Justiz zur Dienerin seiner Politik! Es geht jetzt um die große allgemeine Menschheitsfrage, ob das Recht nach den Grundätzen der Gerechtigkeit und den strengen Formen des Rechts, oder auf Befehl von Regierungen und aus Gründen der Staatsraison ausgesprochen werden soll. Die gestiftete Kulturwelt muß zu dieser großen Menschheitsfrage Stellung nehmen. Räte sie es nicht, dann würden die zuvor umgeschriebenen, aber wenig unbefriedigenden Gesetze von Recht und Menschlichkeit verschwinden, die Welt völlig verwildern.

Daß die französischen Kriegsgerichte ihre Urteilsprüche nicht nach Recht, sondern nach politischen Gesichtspunkten fällen, beweist das Schreckensurteil von Werden. Die Knuppelstrafen erzielten jahrelange Gefängnisstrafen, das mitangelegte Betriebsratsmitglied nur 6 Monate. Warum? Die Franzosen suchen durch solche Urteile die Kluft zwischen Unternehmer und Arbeiter zu vertiefen und die Arbeiter durch eine „mildere“ Behandlung für die französischen Pläne zu gewinnen. Die oft so meisterhaft arbeitende französische Regie hat diesmal aber schlecht funktioniert. Denn zu gleicher Zeit wurden in Mainz Mitglieder der deutschen Eisenbahnerverbände zu weit über 100 Jahren Gefängnisstrafen verurteilt und damit die „Wilde“ gegen das Betriebsratsmitglied in Werden wieder ausgeglichen.

Die französische Justiz auf deutschem Boden ist eine Schmach. Frankreich hat kein Recht auf deutschem Boden Gerichte einzuführen. Ein jeder muß wissen und fühlen, daß die französischen Urteile gegen deutsche Staatsbürger, die nur ihre Pflicht gegenüber ihrem Volke erfüllen, nicht nur ungerecht und unrecht ist, sondern daß sie auch völkerrechtlich keine Grundlage haben. Weicht sich das deutsche Volk nicht mit äußerster Kraft gegen diese französische Justiz, dann wird es ein Sklavenvolk werden. Darum tue jeder seine Pflicht, wenn es gilt, dem Recht eine Waise zu bannen.

Beratungen des Landeseisenbahnrats.

P. A. Dieser Tage fand im Gebäude der Reichsbahndirektion Karlsruhe die zweite Sitzung des Landeseisenbahnrates Karlsruhe mit folgender Tagesordnung statt:

1. Mitteilung über die wichtigeren Tarifänderungen der letzten Monate im Personen- und Güterverkehr.
2. Mitteilung über die Einführung von Wasserumschlagtarifen.
3. Antrag der Interessenträgerungen auf die Einführung a) eines Ausnahmestarfs für Bühler Frühweidgänger und Weeten, b) für die dabei verwendeten Padmittel.
4. Wirkung der Besetzung des Ruhrgebiets und badischer Landesteile auf das Wirtschaftsleben Badens und die aus diesem Anlaß bezüglich der Güterbeförderung getroffenen Maßnahmen.
5. Der Bodenseepersonentarif.
6. Entwurf für den Jahresfahrplan 1923/24 und für den Umlenckungsplan.

Zu Punkt 1 und 2 machte die Reichsbahndirektion an Hand einer Umdruckvorstellung Mitteilungen über die in den letzten Monaten eingetretenen Änderungen im Personen- und Güterverkehr, sowie beim Bodensee-Personentarif. Bei der folgenden Aussprache sagte die Reichsbahndirektion gegenüber den

Beschäftigten beim Personenverkehr die Fahrpreise auf volle 50 Mark und 100 Mark aufzurunden und an den Schaltern statt der Kilometerpreistafeln wieder, wie früher, Stationstarife auszuhängen, Prüfung zu. Weiter wurden die Verhältnisse bezüglich der für die Reichsbahndirektion auf Schweizergebiet zu erhebenden erhöhten Fahrpreise erörtert.

Zu Punkt 2 gab die Reichsbahndirektion näheres über das Ergebnis der Verhandlungen des Landeseisenbahnrates über die Einführung von Wasserumschlagtarifen bekannt und erläuterte insbesondere den Zweck und den Aufbau des im Reichseisenbahnrat behandelten Entwurfs des Kohlenumschlagstarifs für den Rhein und Main. Der Landeseisenbahnrat nahm dazu eine Entschließung an, es solle der gedachte Umschlagtarif für Kohlen sofort in Kraft gesetzt werden, damit er bei Wiederbeginn der Schifffahrt sofort zur Geltung komme; weiter solle die Beschlussfassung über die für die badische Wirtschaft unentbehrliche Ausdehnung der Wasserumschlagtarife beschleunigt werden.

Zu dem Antrag auf Ermäßigung der Frachten für Bühler Frühweidgänger und für die bei der Obstförderung verwendeten Padmittel, machte die Reichsbahndirektion in Ergänzung der über den Antrag vorgelegten Denkschrift Mitteilung über die neuerdings von der Reichseisenbahndirektion in Erwägung gebrachten Maßnahmen zur Verbilligung der Beförderung von Obst. Der Landeseisenbahnrat befürwortete einstimmig eine Frachtermäßigung von 50 v. H. für Bühler Frühweidgänger sowie eine allgemeine Verbilligung der Frachten für Padmittel.

Punkt 4 gab Anlaß zu einer längeren Aussprache über die durch den Ruhrkrieg und die Besetzung badischer Landesteile geschaffene Lage. Der Landeseisenbahnrat nahm dazu einstimmig eine Entschließung an, den Herrn Reichsbahndirektion dringend zu ersuchen, daß die Verluste, welche Handel, Industrie und Landwirtschaft durch den Rhein- und Ruhrkrieg bei Bezug von Brennstoffen, Holz- und Holzfabrikaten sowie bei Lieferung von Holzfabrikaten und Holzprodukten in das alt- und neubesetzte Gebiet erwachsen, durch entsprechende Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung ausgeglichen werden.

Bei Punkt 6 wurden von der Reichsbahndirektion zunächst die Verhältnisse geschildert, die sich durch den Einbruch der französischen Besatzungstruppen in den Eisenbahnbetrieb in Offenburg u. die hierdurch bedingte Einstellung des Betriebs zwischen Appenweier und Offenburg ergeben haben. Anschließend hieran wurden im einzelnen die zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Nord- und Südbaden über die Hilfsstrecken getroffenen Fahrplannahmen erläutert. Außerdem wurden die zum 1. Juni weiter beabsichtigten Verbesserungen im Umlenckungsverkehr und die wesentlichen Änderungen im Sommerfahrplan bekannt gegeben.

Bei der Beratung des Fahrplannetzes für das Jahr 1923/24, der den Fahrplan für den geregelteren Verkehr über Offenburg und während der Dauer der Verkehrsunterbrechung entfällt, wurden die vorgezeichneten Verbesserungen von bescheidenen Seiten anerkannt. Die bei einzelnen Strecken vorgezeichneten Wünsche waren zum Teil im Fahrplan inwischen schon berücksichtigt, zum Teil bedürfen sie noch näherer Prüfung.

Der durchgehende Schnellzug auf der Linie Frankfurt—Basel

Ist infolge der französischen Besetzung Offenburgs seit Monaten eingestellt. Als Ersatz läßt die Reichsbahndirektion einige Schnell- und Gütlüge über die Hüllental- und Nagoldbahn laufen, die zwar große Umwege nehmen und gewaltige Höhenunterschiede bewältigen müssen, immerhin aber dem Verkehrsbedürfnis einigermaßen entgegenkommen. Mit welchen Geländeschwierigkeiten hier bisweilen gerechnet werden muß, zeigt der Lauf eines neuen Gütlugpaars Freiburg—Pforzheim, das vom 1. Juni an über Hüllental—Willingen—Trieberg—Caufach—Freudenstadt verkehren soll. Die beiden Endpunkte der durchmessenen Strecke liegen ungefähr gleich hoch, Freiburg 269 und Pforzheim (Bahnhof) 280 Meter über dem Meer. Um diese ganzen elf Meter Steigung zu gewinnen, muß der eine Gütlug weit über tausend Meter tote Steigung überwinden, die er in drei verschiedenen Stappen erklimmt: Zunächst klettert er mit Hilfe des Zahnrades (Schnellzüge auf dieser Zahnradstrecke hat es vor dem Krieg auch schon gegeben) bei Station Hinterzarten im oberen Hüllental bis auf 894 Meter Meereshöhe hinauf, fällt dann ins Donautal bei Donaueschingen bis auf 677 Meter und gelangt danach gleich wieder bis zum höchsten Punkt der Schwarzwaldbahn bei Trieberg bis hinunter nach Caufach im Ringstal, dessen Bahnhofs nur noch 241 Meter über dem Meer liegt, so daß der Zug noch seiner bisherigen Steigung von 780 Meter diese nicht nur wieder ganz verloren hat, sondern darüber hinaus noch 28 Meter gefallen ist. Nach einer mehr als vierhundert Meter hinauf und hinunter ist er zu allem in Caufach gerade 40 Kilometer Luftlinie erst von seinem Ausgangspunkt Freiburg entfernt! Nun beginnt die dritte große Steigung nach Freudenstadt hinauf, die ihn nochmals auf 663 Meter Meereshöhe bringt, bis er dann schließlich über Hochdorf-Caivo in unterirdischer Talfahrt zur Goldstadt gelangt. Insgesamt hat er (von unwesentlichen Neigungen abgesehen) nicht weniger als 1202 Meter Steigung und 1191 Meter Gefälle hinter sich, deren Differenz dem bereits mitgeteilten Höhenunterschied von Freiburg und Pforzheim gleichkommt. Daß der Zug, dessen Führung einem dringenden Bedürfnis des mittleren Schwarzwaldes und Ringstales entspricht, trotz dieser fortgesetzten Berg- und Talfahrt eingeleitet wird, darf als ein Zeichen der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Reichsbahn gebucht werden.

Nachzahlungen auf die Einkommensteuern

P. A. Steuerbeiträge, die in den letzten Tagen des April den Finanzämtern überwiesen worden sind, werden vielfach wegen der Überlastung der Banken erst nach mehreren Tagen den Finanzämtern zugewiesen. Auch sonst sind Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr und Überweisungswesen entstanden, die zu einem von den Beteiligten nicht versäumten Eingang von Steuerzahlungen nach dem 30. April führen können. Mit Rücksicht hierauf hat der Reichsminister der Finanzen angeordnet, daß die bis zum 30. April zu leistenden Nachzahlungen auf die Einkommensteuer, wenn sie im Mai bei den Steuerämtern eingehen, noch als rechtzeitig bewirkt gelten und den Verzugszuschlägen des Geldverwehrgesetzes nicht unterworfen werden sollen.

Die Nachsicht wird lediglich bei den am 30. April fällig gewordenen Nachzahlungen auf die Einkommensteuer gewährt; in Zukunft müssen Zahlungen und Überweisungen so rechtzeitig bewirkt sein, daß die Gutsschrift bei der Finanzämter vor Ablauf der Zahlungsfrist erfolgt ist. Die Nachsicht gilt auch nicht für die Zwangskonten, bei ihr muß die Zeichnung bis zum 30. April vorgenommen sein.

Preßmitteilungen, die von einer allgemeinen Verlängerung der Steuerfrist und einer Nichterhebung des Verzugszuschlags für einen Monat bei Zahlungen im zweiten Monat reden, sind unzutreffend.

Eine Studienreise badischer Gesellenprüflinge.

Zum ersten Mal hat in diesem Jahre das Badische Landesgewerbeamt mit einer Studienreise badischer Gesellenprüflinge nach München einen Gedanken verwirklicht, der, wie die dabei gewonnenen Erfahrungen zeigen, außerordentlich glücklich und vielversprechend ist. 24 jungen Männern und 3 jungen Mädchen, die die Gesellenprüfung mit gutem Erfolg abgelegt hatten, wurde anstelle der bisher üblichen Prämien in Büchern und Werkzeugen ein Reisebipendium gewährt und zwar für 19 Teilnehmer mit staatlicher Unterstützung und für 5 auf Kosten der Handwerkskammern Freiburg und Mannheim. Die Reise begann am 13. und dauerte bis zum 17. Mai. Am Vormittag des ersten Aufenthaltstages in München wurde das Deutsche Museum unter sachkundiger Führung besichtigt. Nachmittags wurde ein Ausflug nach Nymphenburg unternommen. Am Vormittag des zweiten Tages fand eine Besichtigung der neuen Pinakothek statt; am Nachmittag wurde ein Ausflug ins Jarial gemacht. Der dritte Tag war zunächst dem Nationalmuseum gewidmet. Der vierte Tag wurde den jungen Leuten frei gegeben, um Besichtigungen nach Belieben vorzunehmen. Hierbei wurden die Schöngalerie, der Englische Garten und das Babaria-Denkmal besucht.

Bei allen Teilnehmern zeigte sich ein reges Interesse, vor allem bei der Besichtigung der Museen. Besonderen Eindruck hinterließ das Deutsche Museum und das Nationalmuseum. Die Studienreise hat ohne Zweifel den Gesellenprüflingen wertvolle Eindrücke vermittelt, ihre Kenntnisse erweitert und ihnen manche Anregungen für die Weiterbildung gegeben. Sämtliche Teilnehmer waren von dem Aufenthalt in München höchstbefriedigt und brachten wiederholt ihren Dank für die Bewilligung des Reisebipendiums zum Ausdruck.

Die Führung der Reisegesellschaft lag in Händen des Obergewerbeleiters Vollmer. Die Unterbringung und Beföstigung der männlichen Teilnehmer erfolgte in einem Lehrhause. Die Mädchen wurden in einem einfachen Hotel unter Aufsicht einer Begleiterin untergebracht.

Die erste Studienreise hat in allen Teilen wohlgelungenen Verlauf genommen und alle Erwartungen der Veranstalter und der Teilnehmer in reichem Maße erfüllt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Gesperrt ist die Annahme von Frachtagutverladungen nach Bühl (Baden). Von der Sperre ausgenommen sind Lebensmittel. Anträge auf Sperrausnahmen sind unter Anschluß ausgefüllter Frachtbrieve an die Station Bühl (Baden) zu richten.

Wegen störender Güterabfuhr nach der Pfalz ist die Annahme von Eil- und Frachtagutverladungen nach Waghäusel mit Ausnahme von Lebensmitteln, lebenden Tieren, leeren Möbelwagen und Ladungen an Zuderfabrik Waghäusel, gesperrt.

* Nr. 22 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums des Innern: der Vollzug des Gesetzes über die Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus dem Bürgerausschuß.

Wohnungsbauprogramm 1923.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, welcher die städtische Vorlage, soweit sie die Erhebung der Gebühren statt vom Grundstücksbesitzer zum Nutznutzer vorbereiten will, wird die städtische Vorlage angeht.

Wohnungsbau und Wohnungsabgabe 1922/23.

Die Vorlage des Stadtrats sieht vor:

1. Im Rechnungsjahre 1923 sind an Wohnungsabgabe zu entrichten insgesamt 1200 M. von je 100 M. Liegenschaftssteuerwert. Die Abgabe wird, beginnend mit dem 31. Mai 1923, in elf Monatsraten, und zwar mit je 150 M. von 100 M. Steuerwert in den ersten zwei Monaten und mit je 100 M. in den folgenden Monaten zur Zahlung fällt.

2. Die monatliche Abgabe darf durch Stadtratsbeschluss mit Zustimmung des Stadtverordnetenvorstandes im gleichen Verhältnis erhöht oder ermäßigt werden, wie sich ausgehend von dem Stande Mai 1923, die Verträge eines verheirateten Reichsbeamten der Gruppe X, mittlere Gehaltsstufe und mit einem Kinde nach dem monatlichen Durchschnitt bis zum 30. September 1923 erhöhen oder ermäßigen.

3. Eine Erhöhung der monatlichen Abgabe gemäß Ziffer 2 hat keine Geltung für solche Monatsraten, die vor ihrer Fälligkeit zu einem früheren Zahlungstermin entrichtet worden sind. Für Vorauszahlungen von mindestens sechs Monatsraten wird ein Rabatt von 5 Prozent gewährt.

4. In der Abgabe gemäß Ziffer 1 und 2 sind inbegriffen: a) eine für die Zeit vom Januar bis März 1923 nachzuerhebende Landesabgabe in Höhe von 28,12 v. H.; b) die Landesabgabe für April, Mai und Juni 1923 in Höhe von je 20 v. H. und für die Zeit vom 1. Juli 1923 bis 31. März 1924 mit monatlich 30 v. H. des Steuerwertes.

5. Das Ergebnis der Abgabe ist für die Fertigstellung der Wohnungsbauten im Jahre 1923 zu verwenden. Der Stadtrat wird zur Durchführung im einzelnen ermächtigt.

Bürgermeister Schneider betont, daß sich die Wohnungsverhältnisse nicht viel gebessert haben. Wie im Jahre 1920 fehlen bis heute noch 2500 Wohnungen, obwohl bereits 3000 neue Wohnungen errichtet worden sind. Es sollen nach dem städtischen Bauprogramm 260 Wohnungen geschaffen werden. Es werden 1200 Mark von je 100 Mark Liegenschaftssteuerwert verlangt. Eine Vorlage über die Erhebung der Wohn- und Luxussteuer werde folgen.

Stadterordneten-Omann Rothweiler bemängelt das späte Eintreffen der Vorlage. Kaufkosten und Wohnabgabe hätten längst in Einklang gebracht werden müssen. Statt Verbilligung stehe man einer Verteuerung der Baukosten gegenüber. Der Redner, welcher sich für die Vorlage ausspricht, will auch Maßnahmen gegen die Kartelle ergreifen wissen. Der Stadterordnetenvorstand habe sich für 1650 Prozent entschlossen. Die Kleinwohnungen eignen sich nicht für kinderreiche Familien.

Stadterordneter Sonner (F.) will älteren, alleinstehenden Personen Gelegenheit gegeben wissen, in einem Altersheim unterzukommen, um dadurch Wohnungen frei zu bekommen. Das Versorgungstranienhaus müsse für diesen Zweck vorgesehen werden. Redner stimmt für die Vorlage.

Stadterordneter Dumas (D.) betont, daß der Anmut über die Vorlage sehr groß sei. Er begründet den Antrag seiner Fraktion, die Ziffer 2 der städtischen Vorlage zu streichen. Redner fragt, wie hoch die Befreiung und Verhinderung mit Bezug auf die Wohnungsabgabe sei, von 30 Prozent habe man gesprochen. Um die Bauverzögerung zu verhindern, müsse man auf das Normalarbeitsjahr kommen. Die Wohnabgabe soll auf dem Einkommen aufgebaut werden.

Stadverordneter Braun (Dm.): Die Erwerbslosigkeit steigt neben der Wohnungsnot. Redner bedauert, daß die frühere Notlage mit dem Satz von 1800 Prozent fallen gelassen wurde. Die Beamtenschaft sei nicht der rechte Maßstab zur Bemessung der Abgabe. Redner tritt für die 1650 Prozent ein.

Stadverordneter Schwall (S.): Mit der Erstellung von Gärten als Wohnungen ist es nicht getan. An fertigen Straßen hätte man ordentliche Wohnungen bauen sollen. Wenn der Allgemeinheit gedient werden soll, darf das Grundstück nicht an den Einzelnen abgegeben werden. Die Wohnungen der Genossenschaften bleiben stets Eigentum derselben. Für die Wohnabgabe genügt der Satz von 1200 Prozent. Nicht freie Wirtschaft kann uns retten, aber ein planmäßiges Bauen, weshalb wir die Vorlegung eines festumrissenen Bauprogramms verlangen müssen.

Der Unfallfall bei der Freiwilligen Feuerwehr Baden. Speziell in den Kreisen der Feuerwehren ist man sehr gespannt auf das Ergebnis der Untersuchung zur Aufklärung des Unfalls mit der Maschinenleiter. Es wurden auch seitens der zuständigen Behörden sofort die in jeder Beziehung umfangreichen Untersuchungen angestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch im Lauf. Nach den bisherigen Feststellungen soll sich ein schuldhaftes Verhalten der Feuerwehrleute und der Leitung der Freiwilligen Feuerwehr Baden in keiner Weise ergeben haben. Die Untersuchung wird sich noch weiter darauf zu erstrecken haben, ob etwa der Unfall auf einen Materialfehler oder auf die Konstruktion derartiger Leitern zurückzuführen ist. Die Leiter ist nach den maßgebenden Bestimmungen geprüft und abgenommen worden. Materialfehler lassen sich bei solchen Abnahmeprüfungen nicht so einfach feststellen. Eine ansehnliche Spende ist unter dem Ein-

druck der Trauennachricht Herrn Oberbürgermeister Tiefes zugegangen. Herr Kommerzialrat Dr. Frey hat namens seines Bruders, Herrn Heinrich Frey in Buenos Aires für die Unterstützungslasse der Freiwilligen Feuerwehr Baden 8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

19. Deutscher Feuerwehrtag. Vom 27. Juli bis 1. August findet in München der 19. Deutsche Feuerwehrtag statt. Mit dieser Tagung ist eine Feuerwehrtageausstellung verbunden. Das Präsidium des Badischen Landesfeuerwehrtages fordert zur Beteiligung an dieser Tagung auf.

*** Hofe-Quartett.** Am Samstag den 26. Mai spielt abends 7 1/2 Uhr das Wiener Hofe-Quartett im Eintrachtssaal im 8. (letzten) Kammermusikabend der Kongressdirektion Kurt Neufeldt. An der Abendstunde werden nur noch Zuschlagkarten für Abonnenten herausgegeben, da sämtliche Sitz- und Stehpässe ausverkauft sind.

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G.m.b.H.
 Telefon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201
 Telegramm-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

der Generalvertreter:
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren **Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.**
 Beste und billigste Bezugsquelle.

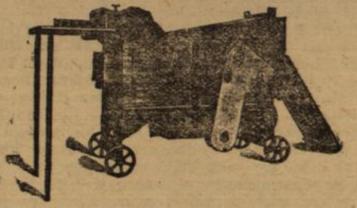
Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
 zum Sprengen von Baumstumpen
Pulverfabrik Ettingen (Baden)
 Telefon Nr. 8

Landw. Maschinen und Geräte
jeder Art, Ersatzteile usw.

erhalten Sie stets zu konkurrenzlos billigen Preisen auf unseren Lägern
 Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg, Mosbach, Helmstadt, Waldshut,
 — Steinen, Radolfzell —

Bad. landw. Hauptgenossenschaft
 — Abteilung Maschinen —
 Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.

Gebr. Wülker
 Karlsruhe i. B. Ruppurrerstr. 64



Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums
 Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.)
 („Wissen und Wirken“ Band 4)

Aus der zentralen Lage Deutschlands und der mangelnden Übereinstimmung von Staats- und Volksgrenzen ergeben sich Vorzüge wie Schwierigkeiten fürs deutsche Volk und seine Außenpolitik. Das Krebs'sche Buch kommt gerade in gegenwärtiger Zeit recht, auf die Gefahren des Partikularismus, Auslandsdeutschum, Charakterzüge des „Durchschnittsdeutschen“ usw. hinzuweisen.

Grundpreis M. 1.— x Schlüsselzahl des Buchhandels
 Verlag G. Braun, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.

ACHTUNG! LANDWIRTE!

Die mühevollte Arbeit des Entkörnens von Maiskolben durch Reiben an Fläch-eisen und Kanten ist **veraltet, zeitraubend und umständlich!**

Unser **Maiskolben-Entkörner „ECHOD“**



verhindert das lästige Abspringen der Körner! Keine Handverletzungen mehr!
 Paßt durch seine Konstruktionen auf jeden Maiskolben! Einfachste Handhabung, praktisch u. billig! Preis p. St. 1500 M. Vertreter gesucht!

L. W. HATTEMER & Co., G.m.b.H., Karlsruhe i. B., Amalienstr. 55
 Telefon 5005

Hack-Häufelpflüge — Racker-, Saat- und Wiesen-Patent EGGEN Neubeck
 sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerkzeuge. Durch Serienfabrikation billigste Tagespreise

Josef Neubeck, Rastatt

Badisches Landestheater.
 Samstag, 26. Mai. 7 b. g. 1/10 Uhr. Sp. I. Abt. 5000 M.
 Abonnement C 20 Th.-Gem. B. V. B. Nr. 201—500.
Die Freier.

Spielplan vom 27. Mai bis 4. Juni 1923.
 im Landestheater. So. 27. Vorm. 11 1/4. In der Wandelhalle des I. Ranges. Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes. Einführung in Sternheims „Bürger Schappel“. Vortrag von Hochschulprofessor Dr. Holl. Eintritt für Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für Deutsche Bildung 250 Mk., für Nichtmitglieder 500 Mk. Abends 6 1/4. **Die Fledermaus.** (Sp. I. 7000). — Mo. 28. Volksbühne. S. 4. **Maria Stuart.** 7. (Sp. I. 5000). — Die. 29.* Abonn. G 21. **Aida.** 6 1/4. (Sp. I. 7000). Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1001—1100, 1501—1700. — Mi. 30.* Abonn. A 22. Zum ersten Male. **Bürger Schappel.** Komödie in 5 Aufzügen von Carl Sternheim. 7. (Sp. I. 5000). Th.-Gem. B. V. B. Nr. 701—900 und 1301—1400. — Do. 31.* **Othello.** (Oper.) 6 1/4. (Sp. I. 8500). — Fr. 1. Volksbühne. O. 10. **Die lustigen Weiber von Windsor.** 7. (Sp. I. 7000). — Sa. 2.* **Die Freier.** 7. (Sp. I. 5000). Th.-Gem. B. V. B. Nr. 2701 bis 3000. — So. 3. Neu einstudiert. **Die Meistersinger von Nürnberg.** 5. (Sp. I. 10000). — Mo. 4. Volksbühne. S. 1. **Maria Stuart.** 7. (Sp. I. 5000). — Die. 5.* Abonn. E 22. **Der Waffenschmied.** 7. (Sp. I. 7000). Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1101—1300.

im Konzerthaus. So. 27.* **Der Raub der Sabinerinnen.** 7. (Park. I. 4000). — Die. 29. Volksbühne. T. 1. Neu einstudiert. **Der Strom.** Drama in 3 Akten von Max Halbe. 7. — Do. 31.* **Das Konzert.** Lustspiel von Bahr. 7. (Park. I. 4000). — Fr. 1. Volksbühne. R 10. **Nathan der Weise.** 7. — So. 3.* **Alt-Heideberg.** 7. (Park. I. 4000). — Die. 5. Volksbühne. T 2. **Der Strom.** 7.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, 26., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 28., an.

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/2, 4—6 Uhr)

Teuerungszuschlag zum Abonnement für das letzte Semester (21.—24. Vorstellung) für jede Vorstellung 1200, 1000, 800, 600 M. kann in jeder Zeit vom 28. Mai bis 4. Juni einbezahlt werden. Hauseinzug vom 5. Juni an. Gangegebühr 150 M.

Bei dem vom Badischen Arbeitsministerium ausgeschriebenen Wettbewerb für Kleinwohnungen haben Preise von je 100 000 M. erhalten folgende Verfasser: S. 323

1. Wreßang & Lebert, Karlsruhe,
2. Max Müller, Pforzheim,
3. Robert Amann & Leo Werlich, Karlsruhe,
4. Friedrich Hübinger, Konstanz,
5. Hermann Wolf, Darmstadt,
6. Ludwig Jahn, Düsseldorf.

Zum Anlauf empfohlen sind die Teilprojekte folgender Verfasser und zwar jeweils um den Betrag von 40 000 M.:

1. Dr. ing. Gruber, Freiburg,
2. Hermann Wolf, Darmstadt,
3. Max Müller, Pforzheim,
4. Albert Krapp, Seddesheim,
5. Louis Walgenbinder, München,
6. Franz Schmieder, Karlsruhe.

Die Ausstellung der eingegangenen 160 Entwürfe findet während 3 Wochen vom 27. Mai ab in Karlsruhe im Landesgewerbeamt, Karlsruherstraße, statt.

Neuregelung des Steuerabzugs.
 Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 an tritt folgende Änderung ein: Der einzubehaltende Steuerbetrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes ermäßigt sich

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau:
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 1200 Mark monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 288 Mark wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 48 Mark täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 12 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage;
2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2:
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 800 Mark monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 192 Mark wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 320 Mark täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 80 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage;

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet;

3. zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge:
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 10000 Mark monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 2400 Mark wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 400 Mark täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 100 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 den Betrag von monatlich 10000 Mark um mindestens 10000 Mark monatlich übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Stehen Abzüge in wirtschaftlichem Zusammenhang mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzuführen; nur insoweit diese Abzüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abgeltung einbezogen.

Karlsruhe, den 24. Mai 1923.
Finanzamt Stadt und Land.

G. Bl. 1914 S. 455) genehmigt.
 Karlsruhe, 23. Mai 1923.
 Reichsbahndirektion.

Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft.
 Vom 1. Juni ab erhöhen sich im Binnen- und in den direkten Tarifen die Entfernungen der Bregalbahnen, Kaiserstuhlbahn und Zell-Todtnauer Eisenbahn für den Personen- und Gepäckverkehr um 50 v. H. und der Bregalbahnen für den Tier- und Güterverkehr um 50 v. H. Daneben tritt eine Erhöhung der Umlade- und Abgabegelder in Zell (Biesental) ein. S. 492 Die Abführung der Befreiungsfreie (§ 6 (6) E. B. O.) ist genehmigt. Darmstadt, 24. Mai 1923. Die Direktion.

Holzverkauf. Das Forstamt Waldkirch i. Breg. verkauft freihändig mit Vorabzahlung innerhalb eines Monats aus Staatswald Engelwald, Kastellwald, Galmer, Wust: Tannene Stämme und Abzweige 800 fm, Buchenabzweige II.—V. Kl. 37 fm, Eichenabzweige III.—V. Kl. 31 fm, Birken, Erlen, Kirschenabzweige IV.—VI. Kl. 6 fm. Aus Engelwald, Ibach, Kandelwald, Galmer, Rodel 360 Stk ertrindetes, fichtenes und tannenes Papierholz. Lospreisangebote vom Forstamt. Schriftliche Angebote in ganzen Hunderten der Grundpreise für Nadelholz und in ganzen Mark je fm für Laubholz bis zum 30. Mai erbeten.

Flügel und Pianos

Große Auswahl erster Fabrikate!

H. Maurer
 Kaiserstraße 176
 Ecke Hirschstraße

Ab 1. Juni 1923 werden sämtliche Frachten im Güter-, Tier- und Expressverkehr, ebenso die Nebenabgaben und die örtlichen Gebühren um 50 v. H., die Personen- und Gepäcktarife um rund 100 v. H. erhöht. Die Erhöhungen werden teils durch Neuaufgabe von Tarifen, teils durch Tarifnachträge durchgeführt. Nähere Auskunft erteilt das Verkehrs- und Gütertarifbüro der Reichsbahndirektion. S. 322 Die verkürzte Befreiungsfreie ist aufgrund der vorübergehenden Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrsordnung (E. B. O.)